

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 28. März 1958

Nummer 13/14

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte März 1958

Die internationale Situation

Die Rückbildungserscheinungen in den Vereinigten Staaten von Amerika haben angehalten, ebenso wie sich die Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität in Westeuropa fortgesetzt hat, wenn auch neben den Ländern, in denen die industrielle Produktion schon rückläufig ist (wie in den Niederlanden und in Dänemark) oder stagniert (wie in Großbritannien), noch andere stehen, die weiterhin Produktionsfortschritte aufweisen (wie Frankreich und die Bundesrepublik). Die Ausstrahlungen dieser insgesamt deflatorisch wirkenden Konstellation der konjunkturellen Kräfte in den führenden Wirtschaften treten deutlich sichtbar in den unverändert unter Baissetendenzen stehenden Weltrohstoffmärkten und in der Entwicklung der Frachtraten ebenso wie in den Auftragsbüchern der Industriestaaten zutage. Sie finden aber auch Ausdruck in den zwar vorerst noch vereinzelt, aber darum nicht minder beunruhigenden Maßnahmen, die von Industrie- und Rohstoffländern zur Abschirmung ihrer Binnenmärkte gegen eine unliebsame Auslands-Konkurrenz ergriffen worden sind, in forcierten Ausfuhrförderungen und in Wechselkursmanipulationen, die den heimischen Erzeugnissen einen Konkurrenzvorsprung am Weltmarkt geben sollen. Vermögen auch derartige Maßnahmen den einzelnen Ländern vorübergehend Erleichterungen zu verschaffen, so können sie — bei stagnierenden oder sogar abnehmenden Welthandelsumsätzen — doch nur auf Kosten der Partnerländer gehen und müssen dort Gegenmaßnahmen herausfordern, weil die meisten Länder nur über unzureichende Währungsreserven verfügen, ihre Bewegungsfreiheit also sehr beschränkt ist. Da auch die zwischenstaatlichen Kapitalströme noch zu spärlich fließen, um diese

Phase wirtschaftlicher Abschwächung in wichtigen Industriezentren zu überbrücken, dürfte auf längere Sicht eine unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftsräumen der westlichen Welt kaum möglich sein.

Die in den letzten Monaten dank einer straffen Restriktionspolitik und der günstigen Entwicklung ihrer „terms of trade“ erzielte Verbesserung der Außenwirtschaftsposition hat es jetzt Ländern wie Großbritannien und den Niederlanden erlaubt, die wirtschaftspolitischen Zügel etwas zu lockern. So wurde soeben in Großbritannien der Diskontsatz um 1% von 7 auf 6% herabgesetzt, in den Niederlanden wurde der Diskontsatz in zwei Etappen von 5% auf 4% gesenkt, ferner wurden lokale Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitet. Eine erneute Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanzsituation, die etwa durch eine Erschwerung ihrer Ausfuhr herbeigeführt werden könnte, müßte die noch sehr zaghaften Ansätze zur Wiederbelebung der Konjunktur unterbinden. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die von den meisten westeuropäischen Industrieländern betriebene Wirtschaftspolitik sehr stark durch außenwirtschaftliche Rücksichten bestimmt wird, hängt die Entwicklung der Weltkonjunktur in den nächsten Monaten in besonderem Maße von dem wirtschaftspolitischen Kurs ab, der in den Vereinigten Staaten von Amerika eingeschlagen wird.

Vereinigte Staaten von Amerika

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird das konjunkturelle Geschehen unverändert von kontraktiven Kräften bestimmt. Die Arbeitslosigkeit überschritt Mitte Februar bereits die

5-Millionen-Grenze und ist seither noch gestiegen. Damit dürfte die konjunkturelle Arbeitslosenquote im Monat März rund 7 vH erreicht haben. Als Folge vor allem der weiter rückläufigen Industrieproduktion, die im Februar um 11 vH unter dem Höchststand von Ende 1956 blieb, nahmen die persönlichen Einkommen ebenfalls erneut ab. Der Einkommensausfall spiegelte sich in der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze wider, die nach Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Einflüsse unter den Umsatzwerten der Vormonate (— 3 vH), aber auch unter den Umsatzziffern der entsprechenden Vorjahreszeit (— 1 vH) lagen. Da sich im Laufe des letzten Jahres im Konsumgüterbereich eine Verteuerung von annähernd 3 bis 4 vH durchgesetzt hat, muß der mengenmäßige Umsatzrückgang im Einzelhandel auf etwa 5 vH veranschlagt werden.

Auch die in die Zukunft weisenden Indikatoren deuten noch keinen Tendenzumschwung an, vielmehr lassen Investoren und Konsumenten — wie Umfragen ergeben haben — in ihren Ausgabenplanungen noch immer eine starke Zurückhaltung erkennen. So dürften vor allem die Aufwendungen der Wirtschaft für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen (ohne Wohnungsbau) stärker als ursprünglich geplant gekürzt werden. Allerdings ist zu hoffen, daß der Tiefpunkt der Investitionsneigung erreicht ist, nachdem der Rückgang der von der Wirtschaft für Investitionsvorhaben bereitgestellten Mittel fast zum Stillstand gekommen ist. Diese Annahme wird gestützt von der leichten Belebung, die sich — wohl unter dem Einfluß der erhöhten Auftragserteilung für militärische Zwecke — in den Daten über den Auftragseingang der Maschinenindustrie zeigt. Dagegen ist die Zahl der in Angriff genommenen Wohnbauten, die sich seit Mai vorigen Jahres auf einem Niveau von rund einer Million Einheiten hielt, auf weniger als 900 000 zurückgefallen.

Angesichts der zahllosen Symptome wirtschaftlicher Abschwächung haben die wirtschaftspolitischen Instanzen der Vereinigten Staaten eine Reihe von kompensierenden Eingriffen vorgesehen. Darunter kommt dem Vorschlag, die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung aus Bundesmitteln allgemein auf 39 Wochen zu verlängern, kurzfristig die größte Bedeutung zu, allerdings wird die zusätzliche Verausgabung von vielleicht 1,2 Mrd. \$ für die Fortzahlung von Arbeitslosenunterstützung nur einem weiteren Rückgang der Konsumentenausgaben entgegenwirken, ihn aber weder aufhalten, noch eine neue Verbrauchsbelebung einleiten können.

An zusätzlichen Aufwendungen für den Straßenbau und für sonstige öffentliche Arbeiten sind gegenwärtig etwa 1,1 Mrd. \$ und für Verteidigungszwecke rund 2,2 Mrd. \$ vorgesehen. Da die Verausgabung dieser Beträge aber nur sukzessive erfolgen kann, wird sich auch ihr Einfluß auf die Beschäftigungslage nur zögernd bemerkbar

machen. Darüber hinaus erscheint es fraglich, ob die mit diesen Mitteln ermöglichte Nachfragesteigerung überhaupt ausreichen wird, ein Gegengewicht gegen die zur Zeit noch um sich greifenden deflatorischen Tendenzen zu bilden.

Zur Förderung des privaten Wohnungsbaus sollen für unmittelbare Kreditgewährung und für die Übernahme von Kreditgarantien weitere 1,85 Mrd. \$ bereitgestellt werden. Die Inanspruchnahme dieser — im Vergleich zu den bisher staatlich garantierten Hypothekarkrediten — z. T. leicht verteuerten Mittel, setzt einen verstärkten privaten Bauwillen voraus, die Voraussetzungen hierfür scheinen nun in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage keineswegs günstig zu sein.

Über die Notwendigkeit, die Wirtschaftstätigkeit durch autonome Einkommenserhöhungen anzuregen, d. h. durch Steuersenkung Verbrauchern und Produzenten mehr Mittel für eine zusätzliche Nachfrageentfaltung zu belassen, besteht weder in den verantwortlichen Kreisen der Regierung, noch der Opposition Einmütigkeit. Die Unsicherheit über die Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes hat die beiden Parteien zu einem ungewöhnlichen Abkommen veranlaßt, das vor Bekanntgabe von Vorschlägen über Steuersenkungen eine gegenseitige Fühlungnahme erforderlich macht.

Mit zunehmender Dauer und Intensität des wirtschaftlichen Rückschlags wird jedoch der Zwang zu einer nachhaltigen Belebung der Wirtschaftstätigkeit immer dringender und damit dürfte die Furcht vor einem erneuten Aufflammen der noch immer nicht gebannten Preisauftriebsgefahr in den Hintergrund gedrängt werden.

Westdeutschland

Die konjunkturelle Konstellation ist in Westdeutschland zur Zeit so zwiespältig und — was das Verhältnis der expansiven und kontraktiven Kräfte betrifft, die gegenwärtig die konjunkturelle Entwicklung bestimmen — so reich an Gegensätzen, daß von einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung vorerst kaum gesprochen werden kann.

Gegenüber den immer ausgeprägter werdenden partiellen Einbrüchen der konjunkturellen Entwicklung in wichtigen Bereichen der Erzeugung, wie vor allem Kohle und Eisen, erscheint die Widerstandskraft der immer noch positiven Gesamttendenz ungebrochen, denn nach den bisher vorliegenden Indizes wächst die Gesamtproduktion, wenn auch verlangsamt, weiter.

Im Rahmen dieses Fortschritts sind jedoch die Unterschiede im Fortschrittstempo der einzelnen Erzeugungsbereiche gerade in den vergangenen

Monaten immer stärker geworden. Während die zur „Investitionsgütererzeugung“ zusammengefaßten Wirtschaftszweige ihren Zuwachs seit November vorigen Jahres wieder leicht verstärkt haben, haben vor allem die Grundstoffherzeugung und die Verbrauchsgüterindustrien ihren Fortschritt erheblich reduziert. Eine weitere Untergliederung zeigt, daß auch innerhalb der Investitionsgüterindustrie die Entwicklung erhebliche Unterschiede aufweist. Die Zunahme dieser Gruppe ist nicht auf eine mehr oder weniger gleichmäßig verstärkte Erzeugung aller Bereiche der Investitionsgüterindustrien zurückzuführen, sondern auf die ungewöhnlich starke Zunahme der Erzeugung einzelner, unter den Bedingungen einer Sonderkonjunktur stehenden Bereiche, wie die der Fahrzeugindustrie und der ebenfalls konjunkturell stark begünstigten Elektrotechnik. Den sehr ausgeprägten Erzeugungszunahmen dieser beiden Industriezweige steht ein nur mäßiges Wachstum der anderen Bereiche der Investitionsgüterindustrie, wie vor allem des Maschinenbaus und des Stahlbaus gegenüber.

Da auch die Faktoren für die Sonderkonjunktur der Fahrzeugindustrie und der Elektrotechnik keineswegs etwa auf eine allgemeine Intensivierung der Investitionstätigkeit, sondern im wesentlichen auf Verlagerungen des privaten Verbrauchs zurückzuführen sind (Anschaffung von PKW's von seiten der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie stark wachsender Bedarf an hochwertigen, langlebigen Verbrauchsgütern wie Fernsehempfängern und elektrischen Haushaltsgeräten) kann aus dieser Entwicklung kaum auf eine allgemein wieder verstärkte Investitionsneigung geschlossen werden, sondern nur auf eine Verlagerung der Nachfrage der privaten Haushaltungen auf langlebige Verbrauchsgüter, die von den traditionellen Investitionsgüterindustrien — neben den eigentlichen Investitionsgütern — produziert werden.

Die vorgenannten Verlagerungen des privaten Verbrauchs haben andererseits auch dazu beigetragen, daß gerade die traditionellen Verbrauchsgüterindustrien ihr Wachstum stark verlangsamt haben, wobei der bei weitem wichtigste Zweig der Verbrauchsgüterindustrie, nämlich die Textilindustrie, inzwischen sogar hinter dem Vorjahrsniveau ihrer Erzeugung zurückgeblieben ist.

Abgesehen von den Verlagerungen des privaten Verbrauchs und abgesehen von der zur Zeit sehr betonten Zurückhaltung des Handels in seiner Bestelltätigkeit, die wiederum durch die nicht erfüllten Umsatzerwartungen des vergangenen Jahres bedingt ist, liegen die letztlich entscheidenden Ursachen dieser nur noch mäßigen Erzeugungssteigerung in der nachhaltigen und schneller als erwartet vor sich gehenden Abschwächung der Expansion der realen Einkommen zusammen mit einer verstärkten Sparneigung.

Die Nominaleinkommen wachsen zwar weiter, aber es fehlen heute alle zusätzlichen Impulse, die noch im vergangenen Jahre — wie etwa die Rentenreform oder auch die ungewöhnlich starken Ausfuhrsteigerungen — für die Beibehaltung des einmal eingeschlagenen Fortschrittstempos eine wichtige Voraussetzung bildeten. Für die nächste Zukunft sind zusätzliche expansive Anregungen für die allgemeine Einkommensentwicklung nicht zu erwarten, denn die zukünftigen Ausgabensteigerungen der öffentlichen Hand werden selbst dann, wenn sich das Ausgaben-tempo, was keineswegs sicher ist, erhöhen sollte, konjunkturell keineswegs das Gewicht der genannten Expansionsfaktoren des Vorjahres haben. Dies wird um so weniger der Fall sein, als ein wesentlicher Teil etwaiger zusätzlicher Ausgaben in erster Linie über weitere Vorauszahlungen für Rüstungseinfuhren dem Ausland und nicht dem Inland zugute kommen wird. Auch die in der Tendenz bereits defizitäre Entwicklung der Kassen des Bundes stellt lediglich eine Anpassung an die auf weitere Verlangsamung des allgemeinen Fortschritts tendierende Entwicklung dar. Denn die Ursachen dieser Defizite liegen zu einem nicht unwesentlichen Teil im nachlassenden Zuwachs der Steuereinnahmen, der wiederum durch die Verlangsamung des allgemeinen Wachstums der Wirtschaft bedingt ist. Auch durch einen gegebenenfalls verstärkten Zuwachs der öffentlichen Ausgaben dürften diese Abschwächungstendenzen nicht nennenswert beeinflußt werden.

Die westdeutsche Wirtschaft wird sich also darauf einstellen müssen, daß die Phase der immer wieder durch zusätzliche Impulse angeregten Nachfrageexpansion vorerst und auf absehbare Zeit zu Ende ist. Der Zwang, sich den nicht erst seit heute, sondern bereits seit geraumer Zeit veränderten Marktbedingungen anzupassen, umfaßt vor allem das Preisverhalten und die Preisgebarung der Unternehmungen, aber auch — bei der Interdependenz zwischen Preisen und Löhnen — der Lohngebarung der Arbeitnehmer. Bisher ist diese Anpassung, die vor allem durch einen Umbruch der vorerst immer noch nach oben tendierenden Preisentwicklung zum Ausdruck kommen müßte, aus einer Reihe von Gründen höchst unbefriedigend und unzureichend gewesen.

Die Gefahren eines weiter anhaltenden und zu spät, d. h. erst über Erzeugungs- und Beschäftigungsrückgänge vom Markt her gebrochenen Preisauftriebs, sind gerade für den Bereich, in dem Preissteigerungen heute am stärksten und fühlbarsten in Erscheinung treten, nämlich bei den Lebenshaltungskosten, nicht mehr zu bagatellisieren. Hierbei ist nicht nur an die durch einen stetig steigenden Lebenshaltungskostenindex induzierte Preis-Lohn-Spirale zu denken, sondern ein weiteres Problem wird in wachstumspolitischer Hinsicht aufgeworfen.

Verlangsam sich nämlich, wie dies seit einiger Zeit der Fall ist, der Zuwachs des nominalen Gesamteinkommens und zeigen insbesondere die Masseneinkommen eine fühlbare Abschwächung ihres Wachstums, dann reicht die über anhaltende Preissteigerungen im Verbrauchsgüterbereich abgeschwächte und stetig ausgehöhlte Kaufkraft dieser Einkommen nicht mehr aus, um zu den steigenden Preisen die an sich mögliche Erzeugung abzunehmen. Die Erzeugungskapazitäten, die für eine größere als die tatsächlich abgesetzte und erzeugte Menge genügen würden, werden nicht mehr ausgelastet. Die Vollbeschäftigung braucht unter diesen Bedingungen eines weiter anhaltenden nach oben gerichteten Preistrends bei nachlassender Expansion der nominalen Einkommen zunächst noch keineswegs angetastet zu werden, da über Kurzarbeit und sonstige Arbeitsstreckung (Betriebsferien usw.) der Zeitpunkt hinausgeschoben wird, an dem über absolute Erzeugungs- und Beschäftigungsrückgänge auch der Preisauftrieb endgültig gebrochen werden wird, aber fühlbar beeinträchtigt wird die reale Fortschrittsrate. Das reale Wachstum wird geringer, und zwar nicht etwa deshalb, weil es an die natürlichen Grenzen stößt, sondern deshalb, weil ein vom Markt her zwar noch gebilligtes in Wirklichkeit aber im Hinblick auf den Ausfall an möglicher Erzeugung unter den tatsächlichen Nachfragebedingungen bereits falsches Preisverhalten der Wirtschaft die Produktion und den Produktivitätsfortschritt hemmt.

Der heute zu vollziehende Übergang von der Nachfragekonjunktur der Vergangenheit zu einer kapazitätsmäßig inzwischen nicht nur möglich gewordenen, sondern im höchsten Grade erwünschten Mengenkonjunktur ist unter den gegebenen Bedingungen zweifellos schwierig. Zunächst hat sich bereits seit geraumer Zeit in zunehmendem Maße in wichtigen Bereichen der Erzeugung die Kostenersparnisrelation verschlechtert. Gerade in diesen Bereichen ist die Neigung, eher Absatzverluste in Kauf zu nehmen als auf Preissteigerungen infolge Kostenerhöhungen zu verzichten, immer noch groß. Zwar nehmen die Schwierigkeiten, gestiegene oder steigende Kosten

in den Preisen weiterzugeben, wegen der nachlassenden Einkommensexpansion zu. Ebenso verstärkt sich aber aus den gleichen Gründen der Widerstand der Unternehmungen, Erhöhungen der Nominallohnsätze zu bewilligen, die unter den Bedingungen einer starken Expansion nicht verweigert worden wären. Da die Resultante dieses Kräfteparallelogramms vorerst jedoch vornehmlich in relativen, wenn nicht sogar bereits in absoluten Erzeugungseinschränkungen bei nicht mehr voll ausgelasteten Kapazitäten zum Ausdruck kommt, kann von einer Anpassung der Wirtschaft an die veränderten Marktbedingungen naturgemäß nicht gesprochen werden.

Die Versteifung in der Haltung der Unternehmer gegenüber Lohnforderungen löst wiederum bei den Arbeitnehmern den verstärkten Willen zum Streik aus. Die Verhärtung auf beiden Seiten ist letzten Endes auch wiederum nur ein Symptom dafür, daß die Nachfragekonjunktur, in deren Sog Preise wie Löhne steigen konnten, ohne daß wirksame Hemmungen aus der Marktkonstellation dem entgegenstanden, heute zu Ende ist. Die Abschwächung des bisherigen Aufschwungs ist bereits so stark geworden, daß unter den veränderten Marktbedingungen beide Marktparteien durch das gekennzeichnete Verhalten nur noch dazu beitragen, jenen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung so gefährlichen Zirkel einzuleiten, aus dem heraus die nachlassende Expansion der nominalen Einkommen zu einer noch stärkeren Verlangsamung im Zuwachs der Realeinkommen führt. Bis zu dem Punkt, an dem die Preis- und Lohnentwicklung sich den veränderten Marktbedingungen tatsächlich angepaßt hat, bleibt der reale Fortschritt auch bei anhaltender Vollbeschäftigung hinter dem Optimum zurück. Auch unter diesen höchst unerwünschten Bedingungen läge es zwar immer noch im Bereich der Möglichkeiten, die für das Jahr 1958 veranschlagte Fortschrittsrate von 5 vH zwar nominal zu erreichen, aber der reale Fortschritt wird unter diesen Bedingungen erheblich unter dem erstrebten und für möglich gehaltenen Optimum liegen.

Die Wirtschaftsplanung in der SBZ und der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1958

Die kürzlich an dieser Stelle¹⁾ ausgesprochene Vermutung, daß unverkennbare Schwächen im System der sowjetzonalen Wirtschaftsplanung über kurz oder lang zu einer grundsätzlichen Umgestaltung der Planungsmethoden führen müßten, hat sich schneller bestätigt als damals angenommen werden konnte. In Durchführung des Gesetzes zur Änderung des organisatorischen Aufbaues des Staatsapparates²⁾, mit dem die wichtigsten Industrieministerien aufgelöst, alle zentralen Planungs- und Lenkungenfunktionen auf die Staatliche Plankommission übertragen und gleichzeitig weniger wichtige Aufgaben der Betriebsführung untergeordneten Organen zugewiesen wurden, sind auch eine Reihe von Verordnungen erschienen, die die Methodik der Planung selbst wesentlich verändern³⁾.

Die Neuordnung der Planungsmethodik

Die neuen Gesichtspunkte zur Aufstellung und Durchführung der Volkswirtschaftspläne werden in einem besonderen Abschnitt der Verordnung über die Arbeit der Finanzorgane ausführlich begründet. Unter dem Titel „Bisherige Mängel in der Volkswirtschafts- und Finanzplanung“ wird vor allem festgestellt, daß die bisher geltende Planung und Abrechnung der Bruttoproduktion zu Planpreisen in der volkseigenen Wirtschaft keine ausreichende Grundlage für die notwendigerweise auf effektiven Wertgrößen aufzubauenende Finanzplanung hat liefern können und daß daher ständige Differenzen zwischen der materiellen und finanziellen Planung entstanden, die sich später im Wirtschaftsablauf störend bemerkbar machten. Diese Differenzen werden darauf zurückgeführt, daß die Staatliche Plankommission mangels geeigneter Primärerhebungen in hohem Maße mit errechneten Koeffizienten zu arbeiten gezwungen ist, die die sich aus der Finanzabrechnung ergebenden tatsächlichen Verhältnisse nicht richtig wiedergeben.

Für die künftige Planung wird zwar die Bruttoproduktionsplanung und die Verteilung der Produktionsmittel auf Grund von Materialbilanzen zunächst noch beibehalten, sie wird jedoch dezentralisiert zu einem untergeordneten Teilgebiet mehr betriebswirtschaftlichen Charakters. Auch die geltenden Preisbildungsprinzipien, nach

denen die Preise kein echter Maßstab für Knappheiten im Güterkreislauf sind, bleiben grundsätzlich bestehen. Dagegen soll eine erheblich erweiterte Koordinierung der Planungsarbeiten zwischen der Staatlichen Plankommission und dem Finanzministerium hergestellt und stufenweise von der unteren Ebene bis zur endgültigen Planfeststellung verwirklicht werden. Dieser aber sollen „Bilanzen“ des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Volkseinkommens zugrunde gelegt werden, die aus der „Warenproduktion“ zu effektiven Preisen zu entwickeln sind. Für die Produktionsplanung bleibt die Staatliche Plankommission wie bisher federführend, während das Ministerium der Finanzen zusammen mit dem Staatshaushaltsplan und den Kreditplänen für die „Bilanz“ der Verteilung des Volkseinkommens verantwortlich ist. Die Koordinierung soll so vor sich gehen, daß in beiden Instanzen selbständige „Bilanzen“ der Einnahmen und Ausgaben des Staates und der Bevölkerung entwickelt werden, die Abschnitt für Abschnitt miteinander abzustimmen sind. Wenn Differenzen auftreten, sind diese letztlich durch Votum der Staatlichen Plankommissionen zu bereinigen. Volkswirtschaftsplan und Staatshaushaltsplan bilden danach eine untrennbare Einheit und sollen künftig stets gleichzeitig zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Eine so tiefgreifende Neuordnung ist naturgemäß nicht mit einem Federstrich herzustellen. Ein wesentlicher Teil des Inhalts der genannten Verordnungen ist sicher lediglich eine Codifizierung einer schon bestehenden Arbeitspraxis und wird auch in der Zukunft vielerlei Änderungen erfordern.

Die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1957

Der Bericht der Staatlichen Plankommission über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1957⁴⁾ ist im allgemeinen noch eine Zusammenfassung der Meldungen über die Bruttoproduktion, enthält jedoch schon in stärkerem Maße als die Berichte über frühere Jahre auch Hinweise auf die Produktionsentwicklung und die Verteilung in Anlehnung an die Berechnungen zum Nationaleinkommen, so daß eine entsprechende tabellarische Zusammenfassung möglich wird.

Das gesellschaftliche Gesamtprodukt (Bruttoprodukt zu Effektivpreisen) soll im Jahre 1957 mit rund 7 vH eine etwas höhere Zuwachsrate erreicht haben als 1956 mit rund 6 vH. Die für das „Nationaleinkommen“ maßgebenden Beiträge der einzelnen Bereiche können jedoch, wie sich aus dem Gesamtzusammenhang ergibt, nur etwa

¹⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 3/1958 mit Ausführungen auch zur Abgrenzung der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der SBZ verwandten Begriffe.

²⁾ Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR vom 11. 2. 1958, GBl. der DDR 1958, Teil I, S. 117.

³⁾ Wichtig vor allem: Verordnung über die Organisation und Planung der Volkswirtschaft; Verordnung über die Organisation der Bilanzierung und Verteilung der Produktionsmittel; Verordnung über die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums der Finanzen und der übrigen Finanzorgane, sämtlich vom 13. 2. 1958 GBl. der DDR 1958, Teil I, S. 125 ff.

⁴⁾ Neues Deutschland vom 28. 2. 1958.

Zahlen zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der SBZ in den Jahren 1955 bis 1958¹⁾ zu jeweiligen Preisen

	1955	1956	1957	1958 (Plan)	1957 in vH von 1956	1958 in vH von 1957
	in Mrd. DM					
Bruttoprodukt	90,90	96,43	103,3	.	107,0	.
Verbrauch an Produktionsmitteln	38,83	41,92
Nettoprodukt in sowjetzonaler Abgrenzung	52,07	54,51
Im Produktionsmittelverbrauch enthaltene Abschreibungen . . .	2,45	2,65
Produktionsaufkommen, gesamt ²⁾	54,52	57,16	60,20	62,90	105,3	104,5
davon:						
Industrie (ohne Bau)	30,80	32,67	34,20	35,80	104,7	104,7
Bauwirtschaft . . .	2,90	3,18	3,50	3,75	110,1	107,1
Handwerk (ohne Bau)	3,62	3,68	4,00	4,15	108,7	103,7
Land- und Forstwirtschaft . .	6,77	6,76	7,40	7,80	109,4	105,4
Verkehr	3,65	3,68	11,10	11,40	102,1	102,7
Handel	6,43	6,78				
Sonstige Bereiche . .	0,35	0,41				
Verwendung des Produktionsaufkommens:						
Bruttoinvestitionen und Lagerbildung . .	6,57	8,79	9,60	11,30	109,2	117,6
Privater Verbrauch . .	37,26	38,15	39,90	41,60	104,6	104,3
Verbrauch der öffentl. Hand	7,02	7,16	10,70	10,00	104,7	93,5
Außenbeitrag	3,67	3,06				
Einkommensverteilung:						
Nettoeinkommen der Privaten	38,62	40,16	42,70	44,60	105,8	104,4
davon für Verbrauch wie oben	37,26	38,15	39,90	41,60	.	.
davon Ersparnisbildung und Investitionen aus lfd. Einkommen	1,36	³⁾ 2,01	³⁾ 2,80	3,00	.	.
Nettoeinkommen der öffentl. Hand	15,90	17,00	17,50	18,30	103,0	104,6
Nettoeinkommen, gesamt	54,52	57,16	60,20	62,90	105,3	104,5

¹⁾ Für 1955 und 1956 amtliche Zahlen, vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 3, 1958; für 1957 und 1958 nach den Volkswirtschaftsplanen berechnet, und zum Teil geschätzt. — ²⁾ Nach der Planberichterstattung der volkseigenen Wirtschaft zu Planpreisen von 1955 liegen die Produktionswerte einzelner Bereiche etwas höher; insgesamt kann das Preisniveau um etwa 1,5 vH je Jahr zurückgegangen sein. — ³⁾ Darin 1956 etwa 0,4 Mrd. DM und 1957 etwa 0,9 Mrd. DM in Form unfreiwilliger Bargeldhortung.

5,3 vH (1956: 4,9 vH) über denen des Vorjahres gelegen haben. Offenbar sind die „Vorleistungen“ wiederum stärker gestiegen. Zum Teil ist dies durch verstärkte Verwendung importierter Rohstoffe und Materialien bedingt, wird aber auch auf Preisveränderungen zurückzuführen sein. Im übrigen ist, wie eine Gegenüberstellung mit den Bruttoproduktionsmeldungen ergibt, durch Produktionskostensenkung insbesondere in der Industrie das gesamte Preisniveau um etwa 1,5 vH zurückgegangen; die Volumenentwicklung ist also etwas günstiger gewesen als die Entwicklung zu effektiven Preisen.

Die Produktionssteigerung erstreckte sich anders als im Jahre 1956 auf alle Bereiche. Die Entwicklung der Industrie liegt wegen der Preisenkungen etwas unter dem allgemeinen Durchschnitt, höher liegt sie dagegen bei der Bauwirtschaft,

insbesondere beim Wohnungsbau, und bei der Land- und Forstwirtschaft, wobei die Landwirtschaft vor allem durch eine außergewöhnlich gute Hackfruchternte begünstigt war. Die beträchtliche Zunahme der Handwerksproduktion scheint zum Teil mit der Entwicklung am Baumarkt zusammenzuhängen, zum Teil dürfte das Handwerk aber auch Vorteile aus einer stärkeren Konsumentennachfrage gezogen haben⁵⁾.

Für die Verwendung des Nettoprodukts hatte der Plan eine beträchtliche Erhöhung der Investitionsquote zu Lasten des Verbrauchs vorgesehen. Die Verschiebung der Anteile von Investition und Verbrauch ist jedoch weniger stark gewesen als vorgesehen war. Die privaten Einkommen einschließlich der Sozialeinkommen sind sogar etwas stärker gestiegen als das Nettoprodukt, vornehmlich wegen Mehreinkommen von 1,15 Mrd. DM aus der Rentenreform vom Herbst 1956 und rund 1,5 Mrd. DM höherer Lohn- und Gehaltseinkommen. Auch die Einkommen der Selbständigen in Landwirtschaft und Handwerk dürften nennenswert gestiegen sein, allerdings wohl nicht um rund 1 Mrd. DM, wie aus der Angabe, daß sich die gesamten „Geldeinnahmen“ der Bevölkerung um rund 3,6 Mrd. DM erhöhten, geschlossen werden könnte, denn in diesem Betrage sind auch sogenannte Ersparnisse aus Preissenkungen als zusätzliche Einkommen enthalten.

Die Warenbereitstellung an Konsumgütern hat wie schon 1956 mit den gestiegenen Einkommen und den Verbraucherwünschen nicht Schritt gehalten. Damit im Zusammenhang steht die erhebliche Steigerung des Bargeldvolumens, die im Oktober vorigen Jahres zu der bekannten Abschöpfungsaktion geführt hatte⁶⁾.

Die Bruttoinvestition hat rund 9 vH höher gelegen als 1956, die Investitionsausgaben sind aber um rund 0,8 Mill. DM hinter dem Investitionsplan zurückgeblieben. Bei ihrer Planung sind offenbar die realen Möglichkeiten überschätzt und die effektive Anforderung für eingegangene Exportverpflichtungen wie auch für den steigenden Verbrauch im Inlande unterschätzt worden.

Der Plan für 1958

Im Beschluß der Volkskammer über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplans 1958⁷⁾ werden immer noch vorwiegend Planziele für die Bruttoproduktion genannt. Die gleichzeitige Vorgabe von Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplan läßt aber schon auf eine gegenüber den Vorjahren erweiterte Abstimmung schließen.

⁵⁾ Die am 12. 3. 1958 beschlossenen Änderungen, d. h. Erhöhung der Handwerksbesteuerung, insbesondere durch weitere Begrenzung der von der Handwerkssteuer zu erfassenden Betriebe, können als Folge dieser Entwicklung gelten.

⁶⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 93/1957 und Nr. 3/1958.

⁷⁾ GBl. der DDR 1958, Teil I, S. 56.

Es ist sehr instruktiv, die mit diesen Plänen bekanntgegebenen Größen im Anschluß an die für 1957 ermittelten Daten auf das Schema der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu projizieren, mit anderen Worten, sie so darzustellen, wie sie in einem in der Form zwar ähnlichen, in der Zielsetzung — lediglich als Vorausschau — freilich anders gearteten „Nationalbudget“ nach westlichen Vorstellungen erscheinen würden. Die entsprechende Spalte der Tabelle läßt Disproportionen im Wirtschaftskreislauf zwischen Produktion, Verbrauch und Investition, d. h. Unvollkommenheiten der Planung, erkennen. Das Auftreten solcher Disproportionen bei der Planung, aber auch spätere Versuche zu ihrer Beseitigung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen notwendigerweise im Verlauf des Jahres 1958 zu erheblichen Spannungen im Wirtschafts- und Sozialgefüge der SBZ führen.

Obwohl die gesamte Produktionssteigerung zu effektiven Preisen nur mit einer Zuwachsrate von etwa 4,5 vH angesetzt ist — dem Volumen nach infolge von Preissenkungen allerdings etwas über 5 vH —, soll die Bruttoinvestition um fast 18 vH zunehmen und damit offenbar auch den Rückstand aus den Vorjahren aufholen. Dabei wird für den privaten Verbrauch eine der Produktionssteigerung nur knapp entsprechende Zuwachsrate angenommen und vorausgesetzt, daß die Bevölkerung Ersparnisse bei Sparkassen und in Wertpapieren anlegt, die die vorjährige Sparung einschließlich der unfreiwilligen Bargeldhortung noch übersteigen. Der öffentliche Verbrauch wird sogar nicht unbeträchtlich niedriger angesetzt.

Die nach der Bruttoproduktionsplanung, das heißt auf betriebswirtschaftlicher Basis, vorgesehene Produktionsausdehnung mag erreichbar sein, wenn man von Besonderheiten, wie Wettereinflüssen bei der landwirtschaftlichen Produktion, absieht. Zweifelhaft jedoch bleibt, ob der Verteilungsvorgang so beherrscht werden kann, wie er sich im Plan darstellt, selbst wenn die Zusammenhänge richtig erkannt sein sollten.

Die Entwicklung der privaten Einkommen hat schon häufig zu Überraschungen geführt, insbesondere weil bei den Arbeitseinkommen die Besonderheiten in der Lohngestaltung mit ihrer Abhängigkeit von mehr oder weniger zufällig entstandenen Arbeitsnormen und einem komplizierten

Prämiensystem die Vorschätzungen erschweren. Für 1958 sind Neufestsetzungen bzw. die Heraufsetzung der Arbeitsnormen in erheblichem Umfang vorgesehen; ein starker Widerstand in der Arbeiterschaft sowie politische Rücksichten lassen es jedoch zweifelhaft erscheinen, ob sie voll durchführbar sind.

Ebenso unsicher ist es, ob die Sparung in der Bevölkerung das vorausgeschätzte Maß erreichen wird. Eine langfristige Investitionsfinanzierung im vorgesehenen Umfang ist rein banktechnisch natürlich durchzuführen. Ohne Neuzugang von Spareinlagen, also durch Kreditschöpfung, würde sie jedoch zu erneutem Bargeldüberhang führen und durch verstärkte Aktivität auf grauen und schwarzen Märkten den Güterkreislauf stören.

Auch die vorgesehene Senkung der Ausgaben im Sektor des öffentlichen Verbrauchs ist keineswegs unproblematisch. Die Bestimmung der Höhe des hierin enthaltenen sogenannten Außenbeitrags, das heißt vorwiegend Exportausgleichszahlungen zur Überbrückung von Inlands- und Auslandspreisen, ist zum Beispiel nicht allein in die Hand der sowjetzonalen Wirtschaftsführung gegeben, sondern hängt vor allem von der Preisentwicklung auf den Außenmärkten ab. Es scheint, daß der Außenbeitrag 1958 durch sowjetische Kredite im Umfang von 700 Mill. Rubel entlastet werden soll. Auch ist gegenüber der Entwicklung in den vorangegangenen Jahren nur eine relativ geringe Steigerung der Außenhandelsumsätze um insgesamt 6,7 vH (Vorjahr 25 vH) vorgesehen.

Im ganzen gesehen läßt sich der Volkswirtschaftsplan für 1958 dahin charakterisieren, daß er eine unter betriebswirtschaftlichem Aspekt gesehene und daher vielleicht einigermaßen reale Vorschau auf die Produktionsentwicklung darstellt, für die Verteilung auf Verbrauch und Sparung jedoch von Voraussetzungen ausgeht, deren Verwirklichung zur Zeit kaum möglich erscheint. Da die künftige Produktionsentwicklung aber entscheidend auch vom Umfang vorhergehender Investitionen abhängt, die Durchführung der Investitionen aber, die schon 1957 unbefriedigend verlaufen ist, höchst problematisch erscheint, müssen die Aussichten für die Durchführung des Fünfjahrplans auch mit den herabgesetzten Planzielen skeptisch beurteilt werden.

Die Sozialleistungen in West-Berlin

Die Sozialleistungen in West-Berlin haben im abgelaufenen Jahr 1957 außerordentlich zugenommen; sie überstiegen mit insgesamt 2,35 Mrd. DM das Niveau von 1956 um rund 32 vH. Im einzelnen lagen nur die Ausgaben für Sozialfürsorge und Arbeitslosenunterstützung — eine Folge der verbesserten Wirtschaftslage — unter dem Ergebnis von 1956. Ihr Rückgang wurde jedoch bei weitem durch die Steigerung der anderen Sozialleistungen aufgewogen.

Die bedeutsamste Erhöhung erfolgte durch die Rentenreform bei der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten. Der Gesamtbetrag der Renten (einschließlich Witwen- und Waisenrenten) stieg gegenüber 1956 um 56 vH auf 928 Mill. DM an; der Anteil der Rentenleistungen an den gesamten Einkommensübertragungen, der in den abgelaufenen Jahren bei rund 32 vH gelegen hatte, erhöhte sich damit auf fast 40 vH. Der von den Rentenversicherungen den Arbeitern und Angestellten gewährte durchschnittliche Rentenbetrag erhöhte sich wie folgt: 1956 erhielten rund 444 000 Bezieher von Renten einen Durchschnittsbetrag von monatlich 134 DM, 1957 rund 463 000 Rentenempfänger einen Durchschnittssatz von etwa 200 DM.

Das den Westberliner Rentnern 1957 zugeflossene erhöhte Einkommen wurde in seiner Auswirkung auf den Privaten Verbrauch zum Teil durch den mit der gleichzeitigen Erhöhung der Beiträge verbundenen Kaufkraftentzug ausgeglichen: Die Steigerung des Beitragsaufkommens der Rentenversicherung betrug gegenüber 1956 120 Mill. DM; 35 vH der gesamten Rentenmehrleistungen von 334 Mill. DM konnten damit in West-Berlin aus eigener Kraft aufgebracht werden. Für den verbleibenden Betrag waren die Rentenversicherungsträger fast ausschließlich auf eine Erhöhung der Bundeszuschüsse angewiesen.

Eine weitere beträchtliche Zunahme ergab sich bei den Entschädigungsleistungen. Die vom Land Berlin im abgelaufenen Jahr weiterhin verstärkt betriebene Abwicklung der Entschädigungsansprüche führte 1957 zu einem Mehraufwand von über 200 Mill. DM; der insgesamt ausgezahlte Betrag belief sich auf 456 Mill. DM. Die Finanzierung der Wiedergutmachung in Berlin wird zu 85 vH vom Bund und von den westdeutschen Ländern getragen. Von den gesamten Wiedergutmachungen wurde etwa die Hälfte nach auswärts — Westdeutschland und Ausland — transferiert. Ferner erhöhten sich die Leistungen des Lastenausgleichs (Kriesschadenrente und Hausratshilfe) um 21 Mill. DM, das von der Krankenversicherung gezahlte Krankengeld um 30 Mill. DM und die Kriegssopfferversorgung um 17 Mill. DM. Bei

Sozialleistungen¹⁾ in West-Berlin

	1955	1956	1957*)	Zuwachs 1957/ 1956
	in Mill. DM			in vH
Sozialfürsorge u. ä.	156	157	141	— 10,2
Lastenausgleich ²⁾	79	80	101	26,3
Kriegssopfferversorgung . . .	186	153	169	10,5
Entschädigungen	139	242	456	88,4
Ruhegelder	265	309	313	1,3
Renten ³⁾	498	594	928	56,2
Krankengeld	63	70	100	42,9
Unfallrenten	16	18	18	0
Arbeitslosenunterstützung ⁴⁾	165	147	115	— 21,8
Kindergeld ⁵⁾	12	13	14	7,7
Insgesamt	1 529	1 783	2 355	32,1

1) Nur Geldleistungen. — 2) Kriegsschadenrente und Hausratshilfe. — 3) Von den Rentenversicherungsanstalten für Arbeiter und Angestellte. — 4) Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe. — 5) Von den Familienausgleichskassen. — *) Vorläufig.

den übrigen Sozialleistungen — Ruhegelder, Unfallrenten und Kindergeld — war der Mehraufwand nur gering. Im ganzen ergab sich 1957 in West-Berlin ein Mehrbetrag an sozialen Leistungen gegenüber 1956 von rund 570 Mill. DM.

Vermindert man die gesamten Sozialleistungen von 2355 Mill. DM um die darauf entfallenden direkten Steuern und um die nach auswärts abfließenden Beträge, so verblieb den Westberliner Empfängern ein Netto-Sozialeinkommen von 2036 Mill. DM, das sind 410 Mill. DM oder 25 vH mehr als das Netto-Sozialeinkommen des Vorjahrs. Nur knapp die Hälfte davon mußte West-Berlin aus eigenen Leistungen — Sozialversicherungsbeiträgen und Mitteln aus dem Landeshaushalt — aufbringen; Bund, Lastenausgleichsfonds und Länder trugen die restlichen Ausgaben.

Der Zunahme dieser Netto-Sozialeinkommen von 25 vH stand zur gleichen Zeit eine Steigerung der Netto-Arbeitseinkommen — Nettolöhne und -gehälter — um nur 9,5 vH gegenüber. Der Anteil der Sozialeinkommen am gesamten Masseneinkommen, der in den letzten Jahren rund 33 vH betragen hatte, erhöhte sich dadurch auf 36 vH.

Verglichen mit Westdeutschland sind die erforderlichen Aufwendungen für soziale Leistungen in West-Berlin außerordentlich hoch: Je Einwohner ergibt sich hier 1957 ein Betrag von rund 1070 DM, in der Bundesrepublik nur von 535 DM. Die von der Rentenreform erwartete starke Steigerung des Privaten Verbrauchs wurde aber auch in West-Berlin — wie in Westdeutschland — in der Entwicklung des gesamten Verbrauchs nicht sichtbar, da gleichzeitig die Sparneigung der Bevölkerung außerordentlich zunahm.

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1956		1957												1958	
			Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Anzahl der Werktage:			24	26	24	26	24	25	25	22,2	27	26,9	25	27	24,4	24	25,7	24
Industr. Auftragseingang (arbeitsst.lich) 1) 2)	BRD	1951 = 100	D	177	177	184	184	189	197	198	177	160	182	186	194	178	.	.
Grundstoffindustrie	"	"	"	180	175	185	187	187	198	201	196	172	187	189	187	181	.	.
Investitionsgüterindustrie	"	"	"	218	212	228	234	233	231	232	210	211	220	216	240	242	.	.
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	131	141	138	132	147	155	146	119	101	137	151	154	112	.	.
Ind. Bruttoproduktionsw. 3)	BRD	Mill. DM	S	15896	15559	15153	16529	16209	16805	15250	16981	16781	17265	18343	17665	17011	16470	.
Prod.-Index 4)																		
Industrie insgesamt	BRD	1936 = 100		218,0	208,0	216,4	214,6	229,0	233,0	228,5	214,5	212,5	231,2	235,9	248,0	231,0	219	.
Bergbau	"	"	"	149,4	153,8	154,7	152,5	153,5	156,6	154,1	148,0	144,8	143,8	151,9	162,0	152,0	157	.
Energieversorgungsbetriebe	"	"	"	386,4	394,9	380,7	355,1	350,0	353,8	336,5	330,2	336,0	379,3	385,5	406,0	420,0	415	.
Bauhauptgewerbe	"	"	"	183,9	113,1	147,0	184,0	221,0	226,0	236,0	211,0	210,0	214,0	208,0	218,0	169,0	109	.
Grundstoffe u. Produktionsgüter	"	"	"	187,5	187,8	196,8	201,3	209,0	213,8	210,3	201,6	202,3	211,1	211,5	214,0	196,0	195	.
Investitionsgüter	"	"	"	278,2	265,2	283,7	276,9	295,1	299,7	299,0	263,7	257,1	296,5	289,1	308,0	296,0	286	.
Verbrauchsgüter	"	"	"	204,5	202,6	210,2	205,9	214,6	217,2	195,1	192,2	195,4	224,8	226,4	240,0	212,0	207	.
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	"	211,6	178,8	178,2	175,6	209,2	213,3	223,1	212,2	205,5	205,4	236,9	254,0	235,0	193	.
Industrieprodukt. West-Berlins 5)	W-B	"	"	118	106	113	114	121	115	115	106	119	131	127	129	121	113	.
Produktion																		
Eisenerz	BRD	1000 t	S	1382	1529	1405	1522	1455	1566	1417	1613	1626	1518	1621	1617	1432	1640	.
1949 = 100	"	"	"	182,1	201,4	185,1	200,5	191,7	206,3	186,7	212,5	214,2	200,0	213,0	188,7	126,1	116,1	.
1000 t	"	"	"	1463	1525	1398	1543	1464	1546	1410	1530	1565	1561	1663	1605	1547	1602	1449
1949 = 100	"	"	"	245,8	256,3	234,9	259,3	246,0	259,8	236,9	257,1	263,0	262,3	279,5	269,7	260,0	269,2	243,5
1000 t	"	"	"	1854	2055	1919	2054	1929	2067	1845	2066	2121	2064	2225	2176	1987	2220	1979
1949 = 100	"	"	"	243,0	269,3	251,5	269,2	252,8	270,9	241,8	270,8	278,0	270,5	291,6	285,2	260,4	291,0	259,4
1000 t	"	"	"	1242	1425	1323	1407	1263	1373	1194	1388	1408	1384	1537	1427	1318	1491	1366
1949 = 100	"	"	"	235,2	269,9	250,6	266,5	239,2	260,0	226,1	262,9	266,7	262,1	291,1	270,3	249,6	282,4	258,7
Personenkraftwagen	BRD	Anzahl	S	63929	77610	71485	80349	77824	80036	74076	64477	73961	88274	95532	90098	79318	102491	93487
1949 = 100	"	"	"	737,6	895,5	824,8	927,1	897,9	927,7	854,7	743,1	853,4	1018,5	1102,2	1039,6	915,2	1182,5	1078,7
Anzahl	"	"	"	12565	15423	14478	15788	15642	16080	13278	12465	12822	13042	13188	11945	12034	14492	14135
1949 = 100	"	"	"	275,4	338,0	317,3	348,8	342,8	352,4	291,0	273,2	281,0	285,8	289,0	263,7	317,6	309,8	.
Lastkraftwagen	"	"	"	14747	15005	15169	14896	15929	15807	12521	14801	13978	14459	16006	15153	15265	15716	14263
Anzahl	"	"	"	16180	16057	14427	15991	15334	15520	14988	15073	15075	14959	15241	15041	16043	15592	14118
Kupfer (Elektrolyt)	BRD	t	S	13998	14231	12849	15582	15692	15414	14696	15975	16815	15486	15788	15008	15265	15716	14263
Bl.-i (Hüttenblei insgesamt)	"	"	"	14747	15005	15169	14896	15929	15807	12521	14801	13978	14459	16006	15153	15265	15716	14263
Zink (roh)	"	"	"	16180	16057	14427	15991	15334	15520	14988	15073	15075	14959	15241	15041	16043	15592	14118
Steinkohle 7)	BRD	1000 t	S	10712	11829	10853	11574	11099	11614	9953	11470	10838	10045	11770	11597	10514	11978	10573
1949 = 100	"	"	"	124,5	137,5	126,2	134,5	129,0	135,0	115,7	133,3	126,0	116,8	136,8	134,8	122,2	139,2	122,9
1000 t	"	"	"	3764	3853	3518	3846	3715	3860	3689	3840	3835	3686	3834	3746	3741	3824	.
1949 = 100	"	"	"	179,7	183,9	167,9	183,6	177,3	184,2	176,1	183,3	183,1	175,9	183,0	178,8	180,0	182,5	.
1000 t	"	"	"	578	680	613	647	579	611	513	627	593	561	681	669	583	451	.
Steinkohlenbriketts	"	"	"	8102	8581	7723	8189	7597	7907	6869	8086	8061	8039	8883	8477	8399	8643	7543
Braunkohle	"	"	"	134,5	142,5	128,2	136,0	126,2	131,3	114,1	134,3	133,9	133,5	147,5	140,8	139,5	143,5	125,3
1949 = 100	"	"	"	1321	1438	1366	1487	1345	1424	1249	1517	1495	1376	1482	1334	1316	1434	1355
1000 t	"	"	"	7776	8187	7262	7542	6993	7365	6447	7069	7169	7542	8318	8360	8584	8728	.
1949 = 100	"	"	"	244,6	257,5	228,4	237,2	220,0	231,7	205,1	222,4	225,5	237,2	261,7	263,0	270,0	274,6	.
Gaserzeugung 10)	"	Mill. chm	"	1951	2000	1822	1999	1978	1968	1920	1958	1991	.
1949 = 100	"	"	"	196,1	201,0	183,1	200,9	198,8	198,8	192,9	196,8	200,1	.
1000 t	"	"	"	311,0	309,7	288,8	319,8	317,6	330,8	326,0	339,3	343,2	332,2	345,5	333,8	373,0	343,2	321,0
Erdölförderung	"	"	"	21,5	23,6	22,5	23,5	20,3	23,8	20,9	24,2	24,2	23,2	22,2	21,6	20,3	21,2	20,8
1949 = 100	"	"	"	203,1	223,0	212,6	222,0	191,8	224,8	197,4	228,6	228,6	219,2	209,7	204,1	191,8	200,3	196,5
1000 t	"	"	"	187,6	214,3	203,4	217,8	194,5	215,1	189,2	225,0	223,7	214,5	231,2	212,8	195,1	224,8	208,9
1949 = 100	"	"	"	197,8	225,9	214,5	229,6	205,1	226,8	199,5	237,2	235,9	226,2	243,8	224,4	205,7	237,0	220,3
Zeitungsdrukpapier	BRD	1000 t	S	203,1	223,0	212,6	222,0	191,8	224,8	197,4	228,6	228,6	219,2	209,7	204,1	191,8	200,3	196,5
Papier und Pappe (ohne Zeitungsdrukpapier)	"	1000 t	"	187,6	214,3	203,4	217,8	194,5	215,1	189,2	225,0	223,7	214,5	231,2	212,8	195,1	224,8	208,9
1949 = 100	"	"	"	197,8	225,9	214,5	229,6	205,1	226,8	199,5	237,2	235,9	226,2	243,8	224,4	205,7	237,0	220,3
Schwefelsäure 11) (SO ₃ -Inhalt)	BRD	1000 t	S	192,0	185,0	162,0	173,0	177,0	193,0	182,0	183,0	185,0	183,0	199,0	197,0	201,0	200,0	186,0
Soda (Na ₂ CO ₃)	"	"	"	82,4	86,5	77,7	87,5	86,3	79,6	80,2	79,8	79,6	77,9	87,9	83,9	83,0	80,4	72,5
Chlor	"	"	"	41,3	42,7	37,7	43,8	42,6	44,0	41,4	43,3	44,5	44,1	45,4	43,9	44,7	44,5	.
Stickstoffdüngemittel (N-Inhalt)	"	"	"	71,8	76,1	66,5	78,9	78,7	81,8	80,1	83,1	90,7	84,3	84,5	81,9	86,9	93,1	85,0
Phosphordüngemittel (P ₂ O ₅)	"	"	"	50,2	42,2	42,7	43,3	52,5	51,3	51,3	55,6	56,0	52,8	56,2	50,3	48,7	53,6	50,9
Kammgarne, Streichgarne 12)	BRD	t	S	9402	11088	10304	10338	9784	10645	8303	10932	10691	10685	11404	10786	9003	10054	8410
1949 = 100	"	"	"	169,7	200,1	186,0	186,6	176,6	192,1	149,8	197,2	192,9	192,8	205,8	194,6	162,4	181,4	151,7
Baumwollgarne	"	"	"	3135,0	37531	35158	36852	34285	37074	28451	34612	31906	35366	38158	35633	32814	37726	33708
1949 = 100	"	"	"	163,3	195,5	183,1	191,9	178,5	193,0	148,1	180,2	166,1	184,1	198,6	185,5	170,8	196,4	175,5</

2. Beilage zum Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

25. Jahrgang

Berlin, den 28. März 1958

Nr. 13/14

BERLIN

Monatl. Zahlenübersicht
Febr. 1958

Gegenstand	Einheit †)	1956					1957					1958				
		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Anzahl der Werktage:		27	25	27	25	24	26	24	27	27	25	27	25	24	26	24
Industrie¹⁾																
Auftragseingang	1952 = 100	S	162	183	193	256	217	193	180	199	175	197	201	236	214	197
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	173	183	200	227	237	213	199	198	184	200	200	198	225	214
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	149	183	183	302	189	163	153	202	163	195	203	295	198	173
Umsatz	Mill. DM	S	497,3	559,4	564,5	550,7	501,8	463,7	482,1	501,1	575,6	632,8	632,7	590,0	554,1	513,1
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	258,1	307,0	277,3	289,9	291,0	262,4	257,2	283,4	302,4	328,4	291,5	293,7	309,6	275,7
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	239,2	252,4	287,2	260,9	210,8	201,3	224,9	217,7	273,2	304,4	341,2	296,3	244,5	237,4
Beschäftigung	1000	E	265,9	266,7	267,4	266,2	262,0	260,5	261,5	275,6	280,0	281,1	283,0	280,6	274,9	275,8
Lohn je Arbeiterstunde	DM	S	1,94	1,82	1,76	1,81	1,92	1,90	1,85	2,19	2,13	2,00	1,95	1,99	2,15	1,97
Produktion ²⁾	1936 = 100	S	107	123	120	124	118	106	113	106	119	131	127	128	121	113
dar. Energie	"	"	246	261	290	312	313	321	307	251	264	290	310	333	342	347
Verarbeitende Industrie ³⁾	"	"	103	120	115	119	112	100	109	102	116	128	123	122	116	108
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	88	107	98	107	108	91	99	95	101	109	100	105	109	97
dar. Steine und Erden	"	"	200	179	184	147	113	133	160	189	223	201	203	171	133	154
Eisen und Stahl, Gießereien	"	"	176	190	202	208	168	163	186	172	200	211	213	213	175	171
NE-Metalle	"	"	28	30	29	35	33	31	38	32	32	38	33	35	38	44
Stahl- und Eisenbau	"	"	121	137	147	157	142	117	112	104	132	120	117	119	137	138
Maschinenbau	"	"	70	84	85	89	98	84	86	84	76	80	83	84	91	73
Fahrzeugbau	"	"	50	54	52	63	54	45	53	48	48	58	50	52	56	49
Elektrotechnik	"	"	108	142	119	134	136	111	125	122	136	149	190	138	144	125
Feinmechanik und Optik	"	"	69	75	62	83	87	71	80	61	64	78	58	77	75	69
Eisen-, Blech-, Metallwaren	"	"	61	61	63	64	62	64	62	56	54	60	58	63	60	63
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	133	148	151	143	120	118	130	117	145	166	168	155	131	131
dar. Chemie	"	"	144	152	134	169	154	152	157	164	164	175	169	189	194	164
Holzverarbeitung	"	"	92	111	107	109	103	79	80	76	90	106	102	106	94	79
Papier	"	"	138	154	159	164	151	140	140	132	134	152	151	166	146	134
Druck	"	"	38	45	57	54	59	45	43	45	44	51	55	56	61	49
Leder und Textil	"	"	112	125	133	145	123	114	120	116	130	156	166	185	173	150
Bekleidung	"	"	271	295	296	221	122	178	227	146	269	313	323	218	105	182
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	134	141	148	166	170	138	145	161	167	191	192	204	199	173
Baugewerbe⁴⁾																
Beschäftigte	Anzahl	E	57157	57303	56557	53646	46504	39600	45726	53819	54733	53478	52660	51300	36922	32318
Tagewerke, insgesamt	1000	S	1224	1219	1244	1153	1016	748	839	1107	1151	1090	1071	1072	782	570
dar. Wohnungsbau	"	"	527	532	543	489	409	284	300	440	483	467	468	462	331	224
Index der Bauproduktion ⁵⁾																
einschl. Entrümmern	1936 = 100	"	71	77	73	72	64	41	51	68	71	72	66	71	52	33
ausschl.	"	"	68	75	71	69	61	39	48	64	67	69	63	69	50	31
Umsatz in DM West	1000 DM	"	62830	60421	62258	59358	58395	41918	40627	60603	64330	64272	65240	62968	61453	39797
Warenverkehr																
Bezüge aus Westdeutschland ⁶⁾	Mill. DM	S	435,4	454,8	487,3	483,0	433,6	450,8	414,5	462,4	494,3	506,7	537,3	508,3	482,2	481,2
Lieferungen nach Westdeutschland ⁶⁾	"	"	290,9	304,5	329,6	331,4	297,7	291,7	290,1	319,4	338,1	348,4	363,7	365,8	335,0	377,6
Wert der Ursprungsbescheinigungen ⁷⁾	"	"	315,9	355,3	447,5	402,3	320,1	328,7	330,5	332,9	383,4	386,9	468,7	407,5	344,8	373,5
Export	"	"	52,0	63,3	62,4	78,0	72,0	56,5	54,4	73,1	69,5	74,1	83,6	81,2	83,7	61,4
Gütereingang, insgesamt	1000 t	S	650,8	652,8	680,2	633,1	560,6	552,3	514,3	588,3	711,0	596,9	699,1	654,5	603,9	496,2
Eisenbahn	"	"	203,2	209,7	226,1	226,7	188,8	214,0	181,9	200,6	209,7	170,5	208,6	189,1	196,8	210,6
Straße	"	"	236,8	240,1	252,7	223,3	203,1	203,5	190,2	242,6	245,8	239,7	241,8	229,1	191,9	208,8
Binnenschifffahrt	"	"	210,8	203,0	201,4	183,1	168,7	128,8	142,2	145,1	253,5	187,3	248,7	236,3	215,2	76,8
Güterausgang, insgesamt	"	"	102,4	109,9	119,9	111,6	99,4	99,2	98,0	112,6	123,0	112,1	127,8	110,6	104,8	103,1
Eisenbahn	"	"	19,3	22,0	22,9	22,8	19,7	17,2	18,6	18,4	19,4	19,6	22,0	19,6	18,0	20,9
Straße	"	"	67,7	68,0	73,5	67,7	56,9	62,6	59,7	72,9	68,8	67,5	72,5	66,6	58,4	61,8
Binnenschifffahrt	"	"	13,5	18,0	21,3	19,2	21,2	18,0	18,3	20,1	33,4	23,7	31,9	23,1	27,7	20,0
Luftfracht	"	"	1,9	1,9	2,2	1,9	1,6	1,4	1,4	1,2	1,4	1,3	1,4	1,3	0,7	0,4
Arbeitsmarkt																
Erwerbstätige, insgesamt	1000	E	1032	1033	1028	1018	1003	999	1008	.	.	1049
Selbst- u. mithelf. Fam. Angeh.	"	"	138	138	138	138	138	138	138	.	.	138
Arbeitnehmer ⁸⁾	"	"	894	895	890	880	865	861	870	.	.	911
Arbeitslose, insgesamt ⁹⁾	"	"	94	91	90	104	114	125	110	77	71	69	67	78	107	101
in vH der Arbeitnehmer	vH	"	10	9	9	11	12	13	11	8	7	7	7	8	11	10
Sozialeinkommen																
dar. Renten ¹⁰⁾	Mill. DM	S	45,9	45,2	46,0	46,0	55,8	46,3	54,6	80,0	78,7	80,0	80,7	82,6	83,7	86,2
Alu und Alfü	"	"	9,8	8,7	9,0	9,9	12,5	15,5	13,7	11,3	8,8	7,8	8,1	8,2	11,9	16,8
Lebenshaltungskosten																
dar. Ernährung	1950 = 100	D	109,6	110,1	110,0	110,4	110,2	110,7	111,7	113,8	113,9	113,7	114,7	114,8	115,0	117,3
Hausrat	"	"	115,8	116,8	116,6	117,0	116,2	117,1	116,0	119,6	119,7	119,1	120,9	121,0	120,9	123,8
Bekleidung	"	"	106,5	106,5	106,9	107,6	108,2	108,6	109,0	110,7	111,0	111,2	111,3	111,2	111,2	111,4
West-Berlin in vH der BRD	BRD = 100	"	101,6	101,8	102,0	102,1	102,2	102,8	103,3	105,0	105,4	106,0	106,2	106,7	107,0	107,5
von Hamburg	Hbg. = 100	"	104,8	105,1	105,1	104,5	104,5	104,8	106,0	105,9	106,2	105,9	106,1	106,1	105,5	106,6
	"	"	97,2	97,5	96,9	96,7	96,7	97,0	98,1	97,8	98,6	98,4	98,4	98,1	97,8	99,9
Wechselkurse¹¹⁾	DM-Ost	D	4,06	4,10	4,11	4,32	4,22	4,14	4,16	4,15	4,26	4,31	4,13	3,98	3,94	3,84
Finanzen																
Einnahmen aus Steuern	Mill. DM	S	154,5	151,3	125,6	158,5	174,6	162,4	156,7	128,6	170,9	176,0	134,4	181,9	199,2	157,6
dar. Umsatzsteuer	"	"	32,2	32,2	37,9	34,6	34,6	49,6	32,6	34,3	34,8	36,7	38,8	37,8	38,5	47,6
Lohnsteuer	"	"	19,8	21,0	21,5	20,7	20,6	28,5	19,5	17,9	24,0	18,7	20,6	20,2	17,9	26,0
Einkommensteuer	"	"	5,4	28,5	5,2	4,9	35,9	10,3	6,8	7,0	5,1	35,8	5,1	3,7	40,6	
K																